

Grundbedarf statt Preislogik: Neue Konzepte der Energieversorgung

Abstract

Momentum: Transformation, 13.-16. Oktober 2022

Policy Paper, Track 1

von Martin Konecny und Lisa Mittendrein

Die aktuelle Klimapolitik setzt vor allem auf eines: Preise. Ob über CO₂-Steuern, Emissionshandel oder Förderungen – klimaschädliche Produkte, Energiequellen und Verhaltensweisen sollen verteuert, klimafreundliche vergünstigt werden. Meist werden diese Maßnahmen nur für Timing und Höhe kritisiert: Sie kommen zu spät und sind zu niedrig. Auch aus Klimagerechtigkeits-Perspektiven sind solche Marktlösungen problematisch. Denn Preissignale treffen Menschen höchst ungleich und unterscheiden nicht, ob es sich bei den verursachten Emissionen um Subsistenzemissionen¹ oder Überkonsum handelt. Denn die Emissionen sind in Österreich höchst ungleich verteilt. Die 10 Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen verursachen mehr als vier Mal so viele Emissionen wie die ärmsten 10 Prozent.² Es ist anzunehmen, dass die Konzentration der Emissionen nach Vermögen noch höher ist.

Sozial-ökologische Klimapolitik muss zwei gesellschaftliche Ziele zusammenbringen: Sie muss rasch viel verändern, und sie muss sozial gerecht sein. Nur auf Preise und gelegentliche Beihilfen zu setzen reicht angesichts dessen nicht aus.

Gleichzeitig wird durch die Folgen des Ukrainekriegs auch unabhängig von CO₂-Steuern Energie zur knappen und damit teuren Ware. Angesichts der explodierenden Preise ist das Grundrecht auf Energie, eine warme Wohnung, einen Herd zum Kochen und Strom für Licht und Internet, derzeit für immer mehr Menschen nicht gesichert. Energie verteuert sich so stark, dass viele Menschen bei diesen Grundbedürfnissen Abstriche machen müssen. Wird die Versorgung mit Energie also über liberalisierte Energiemärkte und Preise geregelt, werden Knappheit und Krisen zum Problem der Einzelnen.

Angesichts von Klima- und Energiekrise stehen wir vor einer dreifachen Herausforderung: aus fossilen Brennstoffen auszusteigen, den Energieverbrauch drastisch zu senken und trotzdem alle Menschen mit der notwendigsten Energie zu versorgen. Das geht nicht mit Marktmechanismen. Die Versorgung mit einem Grundbedarf an Energie muss eine öffentliche Aufgabe werden und das kann mit einer Energie-Grundsicherung gelingen.

Eine Energie-Grundsicherung bedeutet, dass jeder Haushalt einen Grundbedarf an Energie für Strom, Warmwasser und Heizung kostenlos zur Verfügung gestellt bekommt. Was der Grundbedarf ist, muss politisch bestimmt werden – als das, was wir angesichts der Klimakrise als gesellschaftlich notwendig und angemessen definieren. Aller Energieverbrauch über diesem Grundbedarf wird wesentlich teurer, der Preis steigt progressiv stark an. Je mehr man verbraucht, desto teurer wird es. Exzessiver Energieverbrauch wird unbezahlbar.

Eine solche Energie-Grundsicherung hat viele Vorteile: Sie macht, erstens, die Versorgung aller Menschen mit Energie zum Grundrecht. Den Grundbedarf muss der Staat auch in Krisenzeiten für

¹ Shue, Henry (1993) Subsistence Emissions and Luxury Emissions. In: Law and Policy 15: 39–59.

² Marco Frascati (2020) Klimaungerechtigkeit in Österreich. Eine Studie zur ungleichen Verteilung von CO₂-Ausstoß nach Einkommensschichten, im Auftrag von Greenpeace, https://mobilitaet.greenpeace.at/assets/uploads/assets/uploads/GP_ReportKlimaungerechtigkeitAT.pdf

alle zur Verfügung stellen. Zweitens verteuert der Ansatz verschwenderische Lebensweisen. Er bittet jene zur Kasse, die am meisten verbrauchen, ohne die Grundversorgung von anderen zu gefährden. Drittens ermöglicht die Energiegrundsicherung eine gesellschaftliche Debatte darüber, was angesichts der Klimakrise ein angemessener privater Energieverbrauch sein soll.

Wir haben im Frühjahr 2022 in einem Blogbeitrag die Idee einer Energiegrundsicherung vorgestellt.³ Sehr ähnlich sind die Überlegungen zu progressiven Energietarifen von Lasse Thiele vom Konzeptwerk Neue Ökonomie.⁴ Isabella Weber und Sebastian Dullien vom IMK haben mit dem Gaspreisdeckel eine verwandte Idee vorgestellt, die ebenfalls am Grundbedarf ansetzt, diesen jedoch nur verbilligt.⁵ Es ist sehr ermutigend, dass derzeit an unterschiedlichen Stellen ähnliche Ideen entstehen, jedoch bleiben diese – wie ja auch unser eigener Beitrag – bisher meist skizzenhaft. Mit unserem Kongress-Beitrag wollen wir einen nächsten Schritt setzen, die unterschiedlichen Ansätze zu vernetzen, konkretisieren und die politischen Grundüberlegungen zu stärken. Wir wollen:

- grundlegende klimapolitische Fragen zu Preislogiken, Commons und Infrastruktur, Luxuskonsum sowie gesellschaftlichen Diskursen und Bewusstsein diskutieren;
- strategische Argumente dafür vorstellen, warum progressive Klimapolitik die Erbringung von Grundbedürfnissen in den Mittelpunkt stellen soll, statt auf individualisierende Preissignale zu setzen;
- die unterschiedlichen Vorschläge rund um den Energie-Grundbedarf für Haushalte vertieft diskutieren und ihre Vor- und Nachteile, sowie spezifischen Herausforderungen abwägen;
- auf Basis von Expert*innengesprächen zentrale Eckpunkte für die Konkretisierung und Umsetzung der fordern erarbeiten;
- und mögliche nächste Schritte für progressive Kräfte entwickeln, die solche Maßnahmen voranbringen wollen.

Aufgrund der extremen Aktualität des Themas und der Neuartigkeit der Energie-Grundsicherung rechnen wir mit intensiven Debatten und weiteren neuen Vorschlägen in den nächsten Monaten. Abhängig davon, wo der wissenschaftliche und politische Diskurs im Herbst steht, werden wir den Schwerpunkt unseres Papers eher kurzfristig festlegen bzw. anpassen.

³ Konecny, Martin; Mittendrein, Lisa (2022) Preisexplosion. Warum wir eine Energie-Grundsicherung brauchen. In: mosaik-blog, 24.3.2022, <https://mosaik-blog.at/energie-grundsicherung-energiepreise-klimakrise/>

⁴ Thiele, Lasse (2022) Grundbedarf statt Luxuskonsum. In: Neues Deutschland, 24.3.2022, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162458.energiepreise-grundbedarf-statt-luxuskonsum.html>.

⁵ Dullien, Sebastian; Weber, Isabella (2022) Der Staat muss den Gaspreis deckeln. In: Süddeutsche Zeitung, 12.2.2022, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/inflation-energiepreise-gas-subventionen-1.5526823?reduced=true>.